Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zusätzlich zu der Verwaltungsvorlage noch ein Antrag der CDU-Fraktion zu den Umbauplänen der Umkleidekabinen der Sportanlage Hermannstraße vorliegt.

Entsprechend dem Antrag von Herrn Viebach wird durch Herrn Eichner eine sportfachliche Begründung zu den geplanten Umkleidekabinen für die Sportanlage Hermannstraße vorgenommen, die durch eine Begründung zu den entstehenden Kosten von Frau Gottlieb ergänzt wird.

Nach Aussage von Herrn Eichner deckt die im Grundriss dargestellte Umkleidekabine den ermittelten Bedarf an Umkleidemöglichkeiten. Zu berücksichtigen ist, dass auf dem geplanten Sportplatz zwei Spielfelder parallel nutzbar sind und eine getrennt geschlechtliche Nutzung möglich sein muss. Ebenfalls ist bei Turnieren ein großer Personenkreis zu erwarten.

Herr Enneper zeigt sich überrascht, dass die Umkleidekabinen der vorhandenen Turnhallen bei der Planung nicht mit berücksichtigt wurden. Hierzu erklärt Herr Eichner, dass die Turnhallen ebenfalls über mind. 6 Sportflächen verfügt und eine Parallelnutzung durchaus stattfinden kann. Neben dem Schulsport soll auch Kinder- und Jugendsport angeboten werden. Ausreichende Umkleidemöglichkeiten müssen hier gegeben sein.

Frau Gottlieb hat in ihrem Dezernat die Kosten für die geplanten Umkleiden ermittelt. Die ermittelten Baukosten betragen ca. 461.000 €, unter Berücksichtigung des technischen Ausbaus wurden 500.000 € veranschlagt.

Herr Viebach bemängelt, dass diese Kostenermittlung zur besseren Nachvollziehbarkeit nicht im Vorfeld schriftlich mitgeteilt wurde. So sei der Antrag nicht abschließend prüfbar. Er gibt zu bedenken, dass der Bürgermeister zusätzliche Kosten im Rahmen der Inklusion (TOP 7) nicht ausschließen kann. Die Notwendigkeit des geplanten Sportplatzes ist bewusst und sollte ermöglicht werden, aber die gesamte Schulpauschale soll nicht verplant werden und der beantragten Mittelfreigabe sollte daher nicht zugestimmt werden.

Frau Gottlieb weist darauf hin, dass eine vorzeitige Mittelfreigabe erforderlich ist, um die Ausschreibung zu starten, damit rechtzeitig in 2013 mit dem Bau begonnen werden kann. Sie vertritt die Auffassung, dass im Bauausschuss bereits ausreichend zu der Thematik informiert wurde.

Herr Schröder ist der Auffassung, dass ein Fertigbau günstiger und schneller möglich ist als das geplante Objekt in Massivbauweise. Für andere Objekte wurde lt. Frau Gottlieb bisher bei entsprechenden Prüfungen festgestellt, dass Fertigbauweisen nicht günstiger sind. Sie sieht die ermittelten Baukosten als realistischen Wert an.

Herr Haselhoff bittet ebenfalls um Überprüfung von Einsparpotenzialen, sieht aber auch die Gefahr, dass die Baumaßnahme nicht verwirklicht wird, falls die Entscheidung verschoben wird.

Herr Ebbinghaus gibt zu bedenken, dass die Planungsphase nicht zu gering angesetzt werden sollte, um nicht hinterher von Kosten überrascht zu werden, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Herr Schröder plädiert für eine klare Trennung von Sportplatz und Umkleidekabinen. Für die Umsetzung der Umkleidekabinen sollte eine Einsparung von 50.000 € bis 75.000 € möglich sein, die dann für die Schulen eingesetzt werden kann. Herr Hoffmann schließt sich dem an und bittet die Verwaltung um Alternativmöglichkeiten mit Kosteneinsparungen.

Nunmehr gibt es noch weitergehende Diskussionen zur Asylbewerberunterkunft.

Herrn Ebbinghaus ist bewusst, dass die Zahlen der einreisenden Asylbewerber zukünftig steigen. Unklar ist ihm und Herrn Lorenz jedoch, warum zur Unterbringung dieses Personenkreises ein Gebäude erworben werden soll.

Hierzu erläutert Herr Knorz, dass die Stadt Radevormwald ein Kapazitätsproblem hat und die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten zum jetzigen Zeitpunkt mit 50 Asylbewerbern ausgelastet sind. Bis zum Ende nächsten Jahres wird die Anzahl der Asylbewerber voraussichtlich auf 100 ansteigen. Problematisch ist die Unterbringung in angemieteten Wohnungen, da so viele freie Wohnungen für die Anmietung für Asylbewerber nicht zur Verfügung stehen. Die Alternative Asylbewerber in Wohncontainern unterzubringen wurde überdacht, aber aufgrund hoher Baukosten (einschl. Hausanschlüssen etc.) und der ergebnislosen Suche nach geeigneten Grundstücken wieder verworfen.

Ein geeignetes Objekt mit unterschiedlichen Wohnungsgrößen, welches zum Verkauf angeboten wird, wurde ins Auge gefasst.

Der Bürgermeister lässt nun über die Vorlage der Verwaltung abstimmen und zwar jeden Punkt einzeln. Zunächst wird über die vorzeitige Mittelfreigabe zur Umgestaltung der Kaiserstraße abgestimmt.